



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Bericht zum Postulat [2007-202](#) von Christine Mangold, FDP, betreffend Überprüfung Stand-orte Universität Basel

Datum: 20. Mai 2014

Nummer: 2014-173

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

Bericht zum Postulat [2007-202](#) von Christine Mangold, FDP, betreffend Überprüfung Standorte Universität Basel

vom 20. Mai 2014

1. Text des Postulats

Am 6. September 2007 reichte Christine Mangold, FDP, das Postulat betreffend Überprüfung Standorte Universität Basel mit folgendem Wortlaut ein (überwiesen am 8. Mai 2008):

Seit 1. Januar 2007 ist der Kanton Basel-Landschaft Trägerkanton der Universität Basel. Verschiedentlich wurde in letzter Zeit berichtet, dass einzelne Fakultäten der Uni Basel zu wenig Raum für eine optimale Lehr- und Forschungstätigkeit zur Verfügung haben. Es stellt sich deshalb die Frage, ob in sich homogene Teilbereiche (z.B. Fakultäten) der Uni Basel auf das Gebiet des Kantons Baselland umzuzügeln wären. Dies natürlich nur unter der Voraussetzung, dass ein allfälliger Umzug keine Behinderung der Studientätigkeit - zum Beispiel durch zu lange Anfahrtswege - zur Folge hätte. Eine Verlagerung einzelner Unibereiche auf das Gebiet des Kantons Baselland würde nicht nur das Raumproblem lösen, sondern könnte auch eine stärkere Identifikation des Baselbiets mit der Uni Basel bewirken, was sich in einer höheren politischen Unterstützung manifestieren könnte.

Ich bitte den Regierungsrat im Interesse einer möglichst breit abgestützten Universität Basel zu prüfen und zu berichten, ob die Regierung den zuständigen Gremien der Universität die Verlagerung von einzelnen, in sich homogenen Unibereichen in den Kanton Basel-Landschaft empfehlen sollte.

2. Ausgangslage

Der Regierungsrat berichtete erstmals bereits am 21. Oktober 2008 im Rahmen der Landratsvorlage [2008/267](#) betreffend den Projektierungskredit für den Neubau des Biozentrums der Universität Basel zum Postulat von Landrätin Christine Mangold. Mit Verweis auf das mittlerweile erarbeitete Raumplanungskonzept der Universität und die Ergebnisse der diesbezüglichen Verhandlungen im Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen BL/BS wurde damals beantragt, das Postulat im Sinne des Prüfens und Berichtens als erledigt abzuschreiben. Der Landrat entschied jedoch am 11. Juni 2009, das Postulat stehen zu lassen.

3. Stellungnahme des Regierungsrats

Gemäss der Vorgabe in der bikantonalen Immobilienvereinbarung der Universität vom 27. Juni 2006 sind bei Standortevaluationen für Universitätsgebäude Areale in beiden Trägerkantonen zu berücksichtigen. Dementsprechend zeigt sich die Universität in ihrer Strategie für einen Standort im Kanton Basel-Landschaft offen.

Ein möglicher Universitätsstandort im Kanton Basel-Landschaft muss nach Meinung des Regierungsrates folgende Anforderungen erfüllen:

- die planerische Verfügbarkeit,
- die nötige Erschliessung,
- die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln,
- die für die Nutzung nötige Kapazität,
- die Funktionalität,
- die Attraktivität des Standorts für die geplante Nutzung,
- Synergien am Standort und zu den bestehenden Standorten der Universität,
- die Passung mit der Arealstrategie im Rahmen der Wirtschaftsoffensive
- die betriebliche und wirtschaftliche Sinnhaftigkeit für die Universität (und damit auch für den Kanton).

Der Regierungsrat beauftragte die Bau- und Umweltschutzdirektion und die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion bereits im Dezember 2006, eine Evaluation für mögliche Hochschulstandorte im Kanton Basel-Landschaft durchzuführen. Der Schlussbericht zu dieser Evaluation, die in enger Zusammenarbeit mit der Finanz- und Kirchendirektion und mit einem externen Planungsbüro durchgeführt wurde, lag im Juni 2007 vor und lieferte dem Regierungsrat eine transparente Grundlage für Standort- und Investitionsentscheide und die entsprechenden Verhandlungen. Vertieft geprüft und nach einheitlichen Kriterien strategisch bewertet wurden schliesslich 13 Areale im Kanton Basel-Landschaft und ein Areal im Kanton Basel-Stadt (letzteres im Eigentum der BLPK). Gemeinsam mit der Gemeinde wurde anschliessend das Potential eines Bildungs- und Forschungscampus in Muttenz fundiert geprüft und im Rahmen der umfassenden Arealentwicklung zum „Polyfeld“ weiter bearbeitet, dies unter Einbezug des Raumbedarfs der Universität, der FHNW und des Departements Biosysteme (D-BSSE) der ETHZ. Dabei wurde auch der definitive Standort für den Neubau der FHNW bestimmt.

Im Zuge der Arealentwicklung zum Polyfeld Muttenz erwarb der Kanton auch eine an den Neubau der FHNW grenzende Parzelle und reservierte diese für eine künftige Hochschulnutzung. Im Rahmen der Wirtschaftsoffensive soll diese Parzelle nun einer alternativen Nutzung im Sinne der Innovationspolitik zugeführt werden. Zu diesem Zweck ist das Areal mit Regierungsbeschluss vom 28. Januar 2014 an die Gemeinde Muttenz verkauft worden. Die Parzelle steht damit nicht mehr für ein universitäres Institut zur Verfügung.

Der Regierungsrat hat sich – im Einklang mit der Universität und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt – aktiv für die Ansiedlung des universitären Instituts für Sport und Sportwissenschaften auf einer Parzelle im Besitze des Kantons auf dem Schänzli-Areal in Muttenz eingesetzt. Dieses Projekt musste – trotz aus Sicht der Beteiligten optimaler Voraussetzungen – wegen des Widerstands der Gemeinde Muttenz aufgegeben werden. Der nötige Neubau für die Sportwissenschaften wird nun durch die Universität auf Münchensteiner Territorium als Annexbau zur St. Jakobs-Halle geplant (Landeigentümer ist der Kanton Basel-Stadt). Auf diese Weise können die bestehenden Sportanlagen ebenfalls in optimaler Weise genutzt werden.

Nicht zustande gekommen ist ein Projekt, das die Universität gemeinsam mit der Stadt Liestal verfolgt hat. Geplant war die Ansiedlung eines Nationalen Forschungsschwerpunkts (NFP) für Afrika-studien in Liestal. Die dafür nötigen Mittel, die im Wettbewerb unter den Universitäten vergeben werden, wurden vom Bund nicht bewilligt. Aktuell bemüht sich die Stadt Liestal um die Ansiedlung alternativer universitärer Einrichtungen und hat zu diesem Zweck den Dialog mit der Universität aufgenommen.

Gegenwärtig steht eine mögliche Ansiedlung des Schweizerischen Tropen- und Public Health Instituts (Swiss TPH) in Allschwil zur Debatte. Das Swiss TPH ist ein assoziiertes Institut der Universität Basel und erbringt für die Universität Leistungen in Lehre und Forschung. Träger des Swiss TPH ist der Kanton Basel-Stadt. Der Kanton Basel-Landschaft ist via Universität an der Finanzierung beteiligt. Das auch international überaus erfolgreiche Institut mit seinen rund 600 Mitarbeitenden, Doktorats- und Masterstudierenden aus über 60 Nationen in Basel, dazu rund 120 im Ausland, leidet an seinem jetzigen Standort in Basel unter beengten Platzverhältnissen und sucht daher nach einer Alternative. Eine Option, die dabei geprüft wird, ist ein Neubau in Allschwil, wo das Swiss TPH als zukunftsgerichtetes Element des Wissens- und Wirtschaftsstandorts einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung des Areals leisten könnte.

Die aufgeführten Beispiele zeigen, dass sich der Regierungsrat aktiv und projektbezogen für einen möglichen Standort der Universität im Kanton Basel-Landschaft einsetzt. Voraussetzung dafür bleibt jedoch, dass das Vorhaben sowohl in die (Boden-)Strategie des Kantons Basel-Landschaft (bzw. der Standortgemeinden) wie auch in diejenige der Universität passt und dass die oben genannten Kriterien vollumfänglich erfüllt sind. Ein universitärer Standort im Kanton Basel-Landschaft muss die Universität und den Kanton gleichermaßen stärken. Er darf kein Selbstzweck sein, der die betrieblichen Abläufe in der Universität erschwert, und er muss im Einklang mit der Arealentwicklungsstrategie stehen, die der Regierungsrat zur Ansiedlung neuer Unternehmen verfolgt.

4. Antrag

Mit dem vorliegenden Bericht hat der Regierungsrat das Postulat geprüft und dem Landrat über seine Abklärungen berichtet. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat Nr. [2007-202](#) von Christine Mangold betreffend „Überprüfung Standorte Universität Basel“ als erfüllt abzuschreiben.

Liestal, 20. Mai 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Urs Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber:
Peter Vetter